Anlage 1 - Biografie
(aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie)

Regine Hildebrandt

(geborene Radischewski; * 26. April 1941 in Berlin; † 26. November 2001 in Woltersdorf bei Berlin)
war eine deutsche Biologin und Politikerin (SPD).

Leben

Regine Hildebrandt wurde am 26. April 1941 in Berlin-Mitte geboren. Nach der Evakuierung kehrte die Familie 1945 nach Berlin zurück. Die ersten fünf bis sechs Jahre ihrer Schulzeit besuchte Hildebrandt noch die nächstgelegene Schule im Westen Berlins, danach entschieden sich die Eltern für eine Schule im Osten. Nach dem Schulabschluss studierte Hildebrandt zwischen 1959 und 1964 Biologie an der Berliner Humboldt-Universität. Sie war kein Mitglied der FDJ gewesen und wurde daher fürs Studium zunächst abgelehnt. Bei der nachträglichen Immatrikulation erhielt Hildebrandt dann doch einen Studienplatz und konnte 1968 sogar über einen Frauen-Förderplan promovieren. Nach ihrem Abschluss arbeitete sie 15 Jahre in der Qualitätskontrolle des VEB Berlin-Chemie, später wechselte sie in die Diabetikerbetreuung.

Im Juli 1996 wurde bekannt, dass Regine Hildebrandt an Brustkrebs erkrankt war. Sie erlag ihm im Jahr 2001. Die Beisetzung fand auf dem Waldfriedhof von Woltersdorf bei Berlin statt.

Politik

Während des politischen Umbruchs in der DDR 1989 engagierte sie sich in der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt und trat am 12. Oktober 1989 der Sozialdemokratischen Partei der DDR bei. Bei den ersten freien Wahlen der DDR wurde sie in die Volkskammer gewählt. In der ersten frei gewählten Regierung der DDR war sie von April bis August 1990 Ministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett von Lothar de Maizière. Später wurde sie in den Bundesvorstand der SPD gewählt. Im Herbst 1990 trat sie als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen in die erste brandenburgische Landesregierung ein. Vor allem in Brandenburg, aber auch weit über das Land hinaus war Hildebrandt wegen ihres außergewöhnlich offenen, volksnahen, oft auch undiplomatischen Auftretens populär, was auch in dem Spitznamen „Mutter Courage (oft ergänzt durch: des Ostens)“ zum Ausdruck kam. Nachdem Ministerpräsident Manfred Stolpe nach der Landtagswahl im Herbst 1999 eine Koalition mit der CDU einging, trat Hildebrandt aus der Landesregierung aus. Im Dezember 1999 und noch im November 2001 (kurz vor ihrem Tod) wurde sie mit dem besten Stimmenergebnis aller jeweiligen Kandidaten wieder in den Bundesvorstand der SPD gewählt, doch ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich rapide.

Einen Tag nach ihrer Beisetzung im engsten Familienkreis fand eine Trauerfeier in der Potsdamer Nikolaikirche statt, an der neben dem damaligen Bundeskanzler Schröder und Alt-Bundespräsident von Weizsäcker Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien teilnahmen.

Seit 2002 wird jährlich der „Regine-Hildebrandt-Preis“ der SPD vergeben, mit welchem Personen oder gesellschaftliche Gruppen ausgezeichnet werden, die im Sinne Regine Hildebrandts für Ostdeutschland und seine Menschen wirken – für die innere Einheit Deutschlands, gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit.

Auszeichnungen

Hildebrandt bekam unter anderem 1997 die Goldene Henne und 2001 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und den Fritz-Bauer-Preis der Humanistischen Union verliehen. Im Jahre 1991 war sie zu Deutschlands Frau des Jahres gewählt worden.

Kritik

Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen sie und Mitarbeiter ihres Ministeriums wegen angeblicher Verstöße gegen das Haushaltsrecht. Die Verfahren gegen die Mitarbeiter endeten in Freisprüchen, und die Ermittlungen gegen sie wurden eingestellt. Sie wurde jedoch vom Brandenburger Landtag gerügt, weil sie ihre Mitarbeiter aufgefordert hatte, „bis an die Grenzen der Legalität zu gehen“. Der Bund der Steuerzahler kritisierte sie, soziale Projekte kaum kontrolliert und somit Steuergelder verschwendet zu haben.